

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

306 (5.7.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Abendblatt

Verlagspreis vierteljährlich:
In Karlsruhe durch Zehner Mr. 4.25;
In Baden durch Zehner Mr. 4.10;
In den übrigen Provinzen durch die
Post Mr. 4.70 ohne Bestellgeld; für
Belgien, Holland, Ungarn, Luxemburg, Belgien,
Dänemark, Schweden bei den Postämtern;
übriges Ausland Mr. 12.—
Fernsprecher Nr. 535

Anzeigenpreis:
Die Adressenkolonnen 25 Pf., Resten
Mr. 1.20, je mit 20 Pf. Zeilenpreis
zusätzlich. Bei Wiederholung Nachschlag
nach Tarif. — Anträge vernünftig
alle Anzeigen-Entscheidungen. — Schluss der
Anzeigen-Nachnahme vorm. 1/3 Uhr
bzw. nachm. 1/3 Uhr.
Postfach: Karlsruhe 4844

Notationsdruck und Verlag der Badenia N.G. für Verlag und Druckerei
Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Preis: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen“,
„Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für den Inhalt der Artikel: Franz Bahl; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Bahl; für Anzeigen und Restanten: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Aussichtslos!

Von unseren parlamentarischen Vertretern.
Kurz und schmerzlos vollzog sich im Reichstagen
Abgeordnetenhaus die fünfte Lesung der Wahl-
rechtsvorlage. Es wäre eine bewegende Hoff-
nung gewesen, darauf zu bauen, daß in der erneuten
Abstimmung eine Umkehrung der Beschlüsse der
vierten Lesung herbeigeführt würde. Andererseits
ist auch gar kein Zweifel darüber möglich, ob die
Regierung diesen Kompromißbedingten Gesetzes-
kraft zuteil werden ließe. Es ist völlig aus-
geschlossen, daß die Regierung nach ihren wiederholten
bestimmten Erklärungen in ihrer Haltung eine Ver-
änderung vornehmen würde. Bei der letzten Ab-
stimmung, die man ein bißchen vollzog und zwar ohne
den namentlichen Aufruf zu fordern, hatte man nur
das Bestreben, möglichst rasch diese leidige Ge-
schichte zu Ende zu führen. Mit Ausnahme von den Mem-
bern der sozialdemokratischen Parteien, deren Worte
in der braunhellen Urabstimmung so sehr verloren gingen,
daß selbst der Präsident vergebliche Anstrengungen
machte, um etwas zu erreichen, hatte keine andere
Partei mehr den Wunsch und das Bedürfnis, noch
in langen Betrachtungen sich um eine Sache zu be-
mühen, an welcher man doch einmal nichts mehr zu
ändern war. Die Wahlrechtsvorlage geht nunmehr
an das Herrenhaus. Die verschiedentlich geäußerten
Hoffnungen, daß sie dort eine bessere Behandlung
erfahren, haben wir nie geteilt. Sie sind denn auch
in letzter Zeit erheblich zusammengebrochen.
Nunmehr hat die Regierung ein Interesse daran,
auch das Herrenhaus als gleichberechtigten Faktor
der Gesetzgebung in Preußen in einer so wichtigen
und in das Verfassungsleben tief einschneidenden
Gesetzesvorlage zu umfassen.

Es gehört schon eine gute Portion Optimismus
dazu, wenn man nach Lage der Dinge jetzt noch an-
nehmen wollte, daß eine Verständigung der wider-
strebenden Meinungen möglich wäre. In die politi-
sche Berechnung muß daher heute mehr denn je die
Aufsichtung des preussischen Abgeord-
neten Hauses miteinbezogen werden. Mit der
Befragung des Herrenhauses hat die Regierung alle
ihre zu Gebote stehenden Einigungsmöglichkeiten er-
schöpft. Es wäre sehr wünschenswert, wenn nun-
mehr die Regierung ihrerseits auch in dieser Frage
die Beseitigung mehr an sich nehme. Vor allem
wird man erwarten dürfen, daß seitens der berufenen
Organe jetzt schon alles in die Wege geleitet
wird, um die technische Durchführung der nun un-
vermeidlich gewordenen Neuwahlen vorzunehmen.
Die gleiche Mahnung müssen sich die Parteien
angelegen sein lassen. Der Zeitpunkt der Auflösung
ist, da das preussische Parlament bis zum 20. Sep-
tember verläßt wird, und dann erst die Herrenhaus-
kommission an die Spezialberatung der Wahlrechts-
vorlage herangeht, jedenfalls nicht vor Mitte De-
zember zu erwarten, falls nicht die militärische und
politische Gesamtlage der Regierung die Wahl eines
anderen Zeitpunktes wünschenswert erscheinen ließe.

den 3. Juli 1918.
Geschäftsstelle
Badischer Postverwaltung.

Blz-Versteigerung.
de Göttingen läßt am Donnerstag,
vornmittags 9 Uhr, in der hiesigen
in Stadtwaal 79 Ecken 1. - 1V. Klasse
I. Klasse, 14 Forsten II. und III. Klasse
V. Klasse sowie 2 Ecker Ecken-
bühnen Wälder versteigern.
erteilen auf Verlangen die Fortwarte
Porzeiger des Gutes ist im Direkt I
und Hilfsverwaltung Zindling, im
Hinter Schott. 2548

rgemeisteramt.
e Anzahl tüchtiger
ennmädchen

Christlichen Betrieb) für Fabrik-
arbeit zum sofortigen Eintritt
schiebenes Ausweisbuch mit
2520

, Karlsruhe i. B.
II, Steinstraße 25.

ndd. Klassenlotterie.
mit 214 000 Gewinnen und
Prämien von über
Millionen Mark.
Kosten 5 Mr. 10 Mr. 20 Mr. 40 Mr.
Kasse 25 Mr. 50 Mr. 100 Mr. 200 Mr.
Kasse 9. und 10. Juli 1918.
über Auswahl vorräthig bei
Bettel 30, Gewerbe
Pecher, und Verkaufsbüro,
der der Badischen Presse. 2467

Gesucht
Stenotypistinnen.
sofort oder später.
meldestelle Karlsruhe
Arbeitsamt Karlsruhe)
Pringerstraße 100.

Drogerie Lang
Kaiserstr. 24.
Eleg. u. einfache Kostüme
Mäntel u. Jacketts werden
tadellos unter Garantie an-
gefertigt. (Schneidmüller-Ver-
fahren). Johanna Weber,
Heldstraße 28, 2 Tr., Karlsruhe.

Abgängige Tiere
aller Art kauft
Städt. Gartenamt
Karlsruhe.

Ausgekömmt Frauenhaare
kauft
Oskar Becker, Haarhandl.,
Kaiserstr. 82, Karlsruhe.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 5. Juli.
(W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Keilgeschloß.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Deßlich von Poper wurden stärkere Vorstöße des
Feindes abgewehrt. Weidenseits der Somme
sind gestern früh starke englischen Feuer In-
fanteriangriffe des Feindes erfolgt. Auf dem Nord-
ufer des Flusses brachen sie vor unseren Linien
blutig zusammen. Südlich der Somme drang
der Feind in Dorf und Wald Hamel ein. Auf
der Höhe östlich von Hamel wurde sein Angriff
durch unseren Gegenstoß zum Scheitern gebracht.

Kriegslage und Friedensmöglichkeit.

In den Datscher Nachrichten äußert sich, wie wir
dem Namh. Gen.-Anz. entnehmen, Oberst Egli
über die allgemeine Kriegslage und die
Möglichkeit eines Friedensschlusses
auf Grund von Mittellungen, die ihm im Gro-
ßen Hauptquartier gemacht worden sind,
wie folgt: Die Herren, mit denen ich über den
Fortgang des Krieges zu sprechen Gelegenheit ge-
habt habe, sind alle der Ueberzeugung, daß es
noch einer Anzahl kräftiger Schläge be-
darf, um eine Entscheidung herbeizufüh-
ren. Es wird unter keinen Umständen etwas
überstürzt, sondern noch Monate können ver-
gehen, bis die völlige Wirkung der Offensive ein-
tritt. Die Gegner werden trotz der bisher großen
Erfolge nicht unterschätzt, was aber unserer Zu-
versicht keinen Eintrag tut. Aus diesem
Gespräch habe ich den Eindruck erhalten, daß von
deutscher Seite kein neues Friedens-
angebot mehr erfolgen wird, sondern daß
man der Ansicht ist, es sei nun Sache des Ge-
gners, sich zu besinnen und Schritte zu tun,
um zu einem Abschluß des Krieges zu kom-
men. Allerdings es ist sicher, bei Beginn von
Verhandlungen werden weder die deutschen Opera-
tionen an der Westfront, noch der Unterseebootskrieg
unterbrochen.

Zur Abberufung Cavés.

Rotterdam, 4. Juli. (W.T.B.) Der Beeffe-
feldzug in England für die Internie-
rung aller feindlicher Ausländer, der
durch die Morning Post und die Evening News ge-
führt worden ist, hat, wie Kiewe Rotterdamische
Cour. aus London erfährt, in der Ernennung einer
Kommission von fünf Mitgliedern durch den Pre-
mierminister, die die Angelegenheit untersuchen soll,
seinen Höhepunkt erreicht. Es wird erklärt, daß
die Abberufung von Sir George Cavés aus
Holland damit im Zusammenhang stehe.

Zur Londoner Arbeiterkonferenz.

London, 4. Juli. (W.T.B.) Neiter. Der Voll-
zugsausschuß des allgemeinen Ge-
werkschaftsbundes spricht in dem Bericht,
der der gestern eröffneten Jahreskonferenz in
Leicester vorgelegt worden ist, über den Fehl-
schlag der Bestimmungen, eine Arbeiterkon-
ferenz der kriegführenden Länder her-
beizuführen. Der Vorstand des Verbandes ist in
seiner Haltung durch die Haltung des ameri-
kanischen Arbeiterverbandes und die der gan-
zen amerikanischen Nation beirrt worden. Der
Bericht fährt fort: Die Forderung der Arbeiter,
auf jeder Friedenskonferenz vertreten zu sein, ist be-
rechtigt, aber nur die Nationen, nicht die Parteien
sind berechtigt, Friedensbedingungen vorzuschlagen.
Deswegen ist es für jede Arbeiterpartei unmöglich,
ihrerseits Friedensbedingungen zu bestimmen. Eine
Arbeiterkonferenz zur Besprechung der Friedensbe-
dingungen, ist sowohl wirklos als vergeblich, so-
lange Belgien und Serbien, Rumänien und Rus-
land unter deutschem Druck stehen, und Brovingen
Frankreichs und Italiens in deutscher Hand sind.

Abgelehnt.

Bern, 4. Juli. (W.T.B.) Der im spanischen
Parlament eingebrachte Antrag, für die franzö-
sische Gemäldeausstellung in Madrid
einen Kredit von 100 000 Pesetas zu gewähren,
ist vom Staatsrat abgelehnt worden.

Zur Lage im Osten.

Gegenmaßnahmen der Bolschewits.
Washington, 3. Juli. (W.T.B.) Neiter. Der
in Wologda befindliche Votschaffer der Ver-
einigten Staaten, Francis, meldet dem Staats-
departement, daß die Bolschewits die Mit-
glieder der Archangelsk-Provinzial-
Regierung verhaftet haben. Auch die Duma
in Wologda wurde mit der Festnahme bedroht.

Rußland und die Ukraine.

Moskau, 4. Juli. (W.T.B.) Meldung der Pet.
Tel. Ag. Der Vorsitzende der russisch-
ukrainischen Friedensdelegation, Ka-
fowski, traf hier ein, wo er sich zwei Tage aufhalten
wird. Nach Ansicht des Delegierten wird der
Friede mit der Ukraine innerhalb zweier
Wochen unterzeichnet werden.

Von A bis Z erfunden.
Berlin, 4. Juli. (W.T.B.) Das ukrainische
Pressebüro in Kiew brachte am 1. Juli eine

Deßlich von Villers-Bretonneux warfen
wir den Feind in seine Ausgangsstellungen zurück.
Am Abend lebte die Gefechtsstätigkeit fast an der
ganzen Heeresgruppenfront auf und blieb auch wäh-
rend der Nacht, namentlich in dem gestrigen Kampf-
abschnitt, gesteigert.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Erhöhte Gefechtsstätigkeit auf dem Westufer der
Aure und beiderseits der Aisne.

Leutnant Menckhoff errang seinen 35., Leut-
nant Thuy seinen 24. Luftkrieger.
Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Meldung aus Kiew, daß japanische Truppen
unter General Kato zur Unterstützung der Tscheco-
Slowaken in Bladivostok gelandet seien, sowie
daß Großfürst Michael Alexandro-
witsch zum Zaren ernannt worden ist und gegen
Moskau marschiere. Wie wir von zuständigen
Stellen hören, ist diese Meldung von Anfang bis
zu Ende eine reine Erfindung.

Rumänische Finanzreform.

Bukarest, 4. Juli. (W.T.B.) Das Bukaresier
Blatt Steaua kündigt an, daß der rumänische
Staat genötigt sein werde, zur Deckung seiner ge-
steigerten Bedürfnisse die Einnahmen,
über die er vor zwei Jahren verfügte, zu ver-
doppeln. Der künftige rumänische Haushalt
werde über eine Milliarde betragen. Das Mi-
nisterium der kommenden Finanzreform werde eine
progressive Einkommensteuer sein und
auch die übrigen früher sehr gering bemessenen
direkten Steuern werden bedeutend erhöht.

Rumänische Politiker nach der Schweiz und Frankreich.

Bern, 4. Juli. Wie die Neue Zürcher Zeitung
erfährt, ist ein Zug mit hundert rumäni-
schen Politikern und Parlamentariern,
darunter Tade Jonsescu, von Bukarest über Deser-
re in Busch eingetroffen und nach Luzern weiter-
gefahren. Ein Teil der Rumänen wird sich nach
Frankreich begeben, während die übrigen vor-
ausichtlich in der Schweiz bleiben.

Die Reformen in Rumänien.

Bukarest, 4. Juli. (W.T.B.) Ministerpräsident
Mărăgholoman hat sich dem Kaiser Mitarbeiter
der dortigen Actiunea Romana gegenüber der
Agrarreform und der Wahlgesetzgebung ge-
äußert. Er sagte: Ich kenne nicht genau die vom
Parlament in Jassy angenommenen Gesetzesent-
würfe, soweit ich aber weiß, weisen sie soziale Mängel
auf, daß sie fast nicht annehmbar sind. Ich bin An-
hänger beider Reformen und habe ein Bedürfnis,
entsprechende Gesetzesentwürfe auszuarbeiten, die
ich durchführen und anwenden werde. Das Pa-
rlament wird aufgelöst werden und Neuwah-
len werden stattfinden.

Ferner wird aus Jassy gemeldet: Laut Staats-
anzeiger hat der frühere Ministerpräsident General
Averescu auch seinen Abschied bei der Armee
eingereicht. Der König hat die Demission ange-
nommen.

Türkischer Keilgeschloß.

Konstantinopel, 3. Juli. (W.T.B.) Heeresbericht.
Von der Küste bis zur Straße Jericho-
Nablus war die Gefechtsstätigkeit gering. Zwi-
schen der genannten Straße und dem Jordan
lebte beiderseits die Artilleriestätigkeit auf. Durch
unser gutgeleitetes wirksames Artilleriefeuer wurde
der Feind in diesem Abschnitt gezwungen, mehrere
Bettlager zu verlegen. Deßlich des Jordan nur
schwaches Artilleriefeuer. Gegen die Seidhas-Bahn
unternahm die Rebellen verschiedentlich Angriffe.
Sie wurden überall abgewiesen. Von den anderen
Fronten nichts Neues.

Des Sultans Nachfolger.

Berlin, 4. Juli. Ueber die Nachfolgerschaft
des verstorbenen Sultans Mohamed
V. liegen den hiesigen offiziellen Stellen noch
keine Meldungen vor. Es wird, wie der Lok.-Anz.
erwähnt, allgemein angenommen, daß Prinz
Wahid Eddin, der bei Lebzeiten des Sultans
als Thronfolger galt, nunmehr der Thron besteigen
wird. Es darf darauf hingewiesen werden, daß
zwischen ihm und dem Sultan lebhafteste
persönliche Beziehungen seit dem Tode bestanden,
an dem der Thronfolger auf seine Einladung vor meh-
reren Monaten nach Deutschland gekommen war. Er
wollte damals längere Zeit im kaiserlichen Haupt-
quartier.

Ein Börsensturz!

Berlin, 5. Juli. Man schreibt uns: In dieser
schweren Zeit, in welcher das deutsche Volk mit einer
Steuerlast von über vier Milliarden Mark bepackt
wird, sollte man so viel Gemeinnützigkeit von allen
Gruppen unseres Volkes erwarten, daß sie mit zu
ihrem Teile beitragen helfen, um dem Reiche die
dringend nötigen Mittel bereitzustellen. Man sollte das
unmöglich von den Kreisen erwarten, welche gerade
die Kriegs-„Konjunktur“ benutzen konnten, um nicht
gerade unbedeutende Gewinne an ihre Seite zu brin-
gen. Das Schandhafte, welches aber in diesen Tagen
die Börse bietet, ist erbärmlich. Der Zentrums-

abgeordnete Gröber hatte in Reichstagsaus-
schüsse einen Antrag gestellt, welcher den Bör-
senstempel heraufsetzte. Die Annahme
dieses Antrages hat in Vorkreisen nicht nur zu
den schärfsten Protesten geführt, einige Börsen ha-
ben es sogar fertig gebracht, ihren Verkehr völlig
einzustellen, also zu streiken. Es werden jetzt im
allen Teilen des Reiches enttäuschte Protestversam-
lungen abgehalten, und der Protest, der gegen die-
sen Reichstagsbeschluß in Szene gesetzt wird, erinnert
an die trübsten Zeiten der feuerlichen Interessen-
kämpfe. In einer Zeit, da jeder Einzelne im Volk,
und gerade die mittleren Schichten, sehr stark der
Aufsicht zu nehmen haben und in Würdigung der
baterländischen Not auch verständnisvoll auf sich
nehmen, müht es sich doch eigenartig, daß die Börse
für ihre Spekulationen eine besonders bevorzugte
Stellung beansprucht. Was soll man aber erst dazu
sagen, wenn gerade diese Kreise mit einer Maß-
nahme drohen und sie durchsetzen, welche gerade in
Kriegen zu den verpönesten Druckmitteln gehören.
Man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß der
Reichstag sich von den in die Wege geleiteten Maß-
nahmen nicht beeinflussen läßt und seine Entschlei-
dungen nach pflichtgemäßem Ermessen und vor
allem nach dem überragenden Grundsatz der aus-
gleichenden Gerechtigkeit trifft.

Zu den Reichstagsverhandlungen.

Berlin, 5. Juli. Die Boffische Zeitung bezeichnete
die unglückliche Annahme des Friedens mit
Rumänien im Reichstag als einen dem-
würdigen Akt. Zu der kurzen Rede des Herrn von
Rühlmann sagt das Blatt: Der Staatssekretär
schloß sich den Erklärungen Baggers an, verwarnte
den Ministerialdirektor Deitelmoser gegen den
Borndorf, er sei als Chef des Nachrichtenwesens von
der Armee unzufrieden und nahm schließlich Gelegen-
heit, sich lakisch nicht ungeschickt nochmals auf seinen
Standpunkt festzusetzen. Rußland sei der
Hauptkriegsschuldige und nicht England,
das auch davon benachteiligt wurde, einen Feldzug
gegen Indien bilden keinen Teil unserer Politik.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung führt aus,
daß die Rede Baggers, der Geheimmann
am Mittwoch antwortete, den besten Eindruck in der
Öffentlichkeit hinterlassen habe. Nur ein Blatt sei
unzufrieden damit, daß die Rede Schweidemanns nur
von Herrn v. Beyer beantwortet worden sei. Der
Redner der Reichsregierung habe in seiner Antwort
den Sozialdemokraten nichts geantwortet, es war eine
glatte Abfuhr. Wohl nicht unabhichtlich hat
Herr von Beyer seine Rede in den schönen Satz aus-
gehen lassen: Es wäre nützlich, wir würden uns nicht
auseinanderreden, sondern wir sollen zusam-
menarbeiten bis wir zum Frieden gekommen
sind und bis dahin alles Freunde möglichst beistehen.
Diese Parteilichkeit ist groß genug, daß auf ihr
die anderen Parteien mit den Sozialdemokraten
zusammenstehen können. Wenn das eines Tages
nicht mehr möglich sein sollte, so wird die Schuld
jedenfalls nicht bei der Regierung liegen.

Das Wirtschaftsbündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Berlin, 4. Juli. (W.T.B. Amtlich.) Am 4. Juli
1918 fand im Reichswirtschaftsamt eine im einzel-
nen freng vertrauliche Besprechung über die
wirtschaftliche Klärung zwischen Deutsch-
land und Oesterreich-Ungarn statt. Ge-
beten waren Vertreter der Wirtschaftverbände, der
Landwirtschaft, des Handels und der Industrie.
Nach einleitenden Worten des Staatssekretärs des
Reichswirtschaftsamtes wurde von Vertretern der
Regierung ein kurzer Ueberblick über die bisher ge-
leisteten Vorarbeiten gegeben, die teils in Verhand-
lungen der maßgebenden deutschen Stellen unter-
ficht, teils in Vorbesprechungen mit unseren Bundes-
genossen gegeben sind, und die die Erstellung eines
einheitlichen Zollgesetzes und Zoll-
förmens, sowie die Durchführung eines ein-
heitlichen Zollverfahrens umfassen,
ferner die Vereinheitlichung der gesetzlichen
Regelung auf dem Gebiete des Gewerbes
und des Handels und weiter Linien des ge-
werblichen Rechtsschutzes, der Statistik
und der Verkehrs- und Schifffahrtsver-
hältnisse anbahnt. In einer am 8. Juli 1918
in Salzburg einberufenen Zusammenkunft von
Vertretern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns
sollen nunmehr die Grundzüge vorgelegt werden,
nach denen die weiteren Einzelverhandlungen erfol-
gen sollen. Die vorliegenden Fragen wurden einer
eingehenden Besprechung unterzogen. Wie in dieser
Sitzung, wird auch künftighin den Wirtschaftsver-
bänden und Interessenten Gelegenheit gegeben, sich
zu allen einschlägigen Fragen zu äußern, und ihre
Sichtspunkte und Wünsche zum Ausdruck zu
bringen.

Zur Haltung der österreichischen Polen.

Wien, 3. Juli. (W.T.B.) Eine Korrespondenz
der Polnischen Nachrichten meldet: In den letzten
Tagen wurde vielfach ein Artikel des Pariser
Temps erörtert, der die Aufforderung an die Polen
enthaltend soll, gegen das Budget-
provisorium zu stimmen, um dadurch die Auf-
lösung des Reichsrates herbeizuführen. Von sühnen-
der polnischer Seite wird den Polnischen Nachrichten
hierzu mitgeteilt, daß sich die Polen seit jeder dem
Staatsinteresse untergeordnet haben, und
daß sie auch während des Krieges ihre Politik
unabhängig von den Einflüsterungen
der Entente-Presse geführt haben. Die Polen
werden auch in Zukunft ihre politischen Ent-
scheidungen nach den vitalen Interessen der öster-
reichisch-ungarischen Monarchie und ihrer Nation

